



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831 - 33
Fernschreiber 0886890

F/XVI/215 - 23. September 1961

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1	<u>Nicht begriffen</u> Man spielt immer noch "Absolute Mehrheit"	32
2	<u>Nur platonisch?</u> Hintergründe der gemeinsamen russisch-amerikanischen Abrüstungserklärung Von einem diplomatischen Mitarbeiter	47
3	<u>UNO-Reorganisationspläne in der Sicht der "Blockfreien"</u> Man will "adäquatere Struktur" des Sekretariats Von unserem Korrespondenten in Belgrad, Harry Schleicher	49
4 - 5	<u>"Dynamischer Auftrieb der Sozialdemokratie"</u> So sieht Italien das Ergebnis der Bundestagswahl Von unserem Korrespondenten in Rom, Franca Magnani	57

* * *

Nicht begriffen

Man spielt immer noch "Absolute Mehrheit"

sp - Fast alle Wochenendkommentare der grossen westdeutschen Zeitungen zur Krise um den Alt-Bundeskanzler Dr. Adenauer lassen erkennen, dass dessen Position in der deutschen Politik angeschlagen ist. Im allgemeinen scheint man also begriffen zu haben, dass durch den Wahlausgang vom 17. September eine Ära abgeschlossen wurde, die ohne Zweifel Adenauer auf seine Weise geprägt hat.

Anders sieht es dagegen bei den der CDU nahestehenden Blättern aus, von denen die meisten sich so verhalten, als sei am 17. September überhaupt nichts geschehen. Auch in persönlichen Gesprächen mit manchem CDU-Politiker oder -Journalisten stellt man fest, dass der Verlust der absoluten Mehrheit der CDU/CSU noch nicht in deren Begriffsvermögen eingegangen zu sein scheint.

Auf dieser Seite hatte man sich seit mehr als einem Jahrzehnt in die Vorstellung hineingelebt, Adenauer, die CDU und der Staat seien ein und dasselbe, und daneben gebe es günstigstenfalls Mitläufer oder Ja-Sager. Auch der Gedanke, dass in einem normalen demokratischen Staat die Machtübernahme nach Wahlen eine Selbstverständlichkeit sein kann, scheint sich in diesen Kreisen noch nicht eingepflanzt zu haben.

Dieser Mangel an Einschaltvermögen auf die Realitäten ist für die Betroffenen sowohl ein psychologisches, wie auch politisches Problem. Ihr Denken wurde bewusst von der bisherigen Staatsführung auf das Vergessen des verlorenen Weltkrieges hingelenkt; ihr Verhalten war vielfach nichts anderes als Verzicht auf Politik.

Man wird auf dieser Seite also umdenken müssen. Das unwiderrufliche Votum der Wähler bedeutet, dass man weder mit alten Formeln deutsche Politik machen kann, noch in der Lage sein dürfte, die notwendige Machtübernahme - auch in personeller Hinsicht - hinauszuzögern.

Wir verstehen den Schock der ersten Tage nach dem 17. September, meinen jedoch, es sei nunmehr an der Zeit, den Tatsachen ins Auge zu blicken. Auch glauben wir, dass bei der CDU genügend Weitsichtige vorhanden sind, die gerade in dieser Situation unseres Volkes das Wort Parteiegoismus klein zu schreiben beginnen.

Nur platonisch?

Hintergründe der gemeinsamen russisch-amerikanischen
Abrüstungserklärung

Von einem diplomatischen Mitarbeiter

Fest unberachtet von der deutschen Öffentlichkeit ist in diesen Tagen des turbulenten Szenenwechsels beim Versuch einer Regierungsbildung die Nachricht geblieben, dass die Abrüstungsbeauftragten der USA, McCloy, und der UdSSR, Sorin, der UNO eine gemeinsame Erklärung vorgelegt haben. In genau drei Monate dauernden Beratungen hatten McCloy und Sorin ein hartnäckiges Tauziehen um günstige Ausgangspositionen für Moskau und Washington bei kommenden Abrüstungsverhandlungen ausgefochten. Sicher stand bei dem relativ günstigen Abschluss der nunmehr veröffentlichten Vereinbarung das Ergebnis der Belgrader Konferenz blockfreier Staaten Pate. Weder Washington noch Moskau wollten sich bei den Neutralen dem Vorwurf oder Verdacht aussetzen, man bemühe sich nicht um einen Kompromiss in der Abrüstungsfrage.

In der gemeinsamen russisch-amerikanischen Erklärung wird die "völlige Abrüstung bis auf Ordnungs- und Sicherheitstruppen ohne Atomwaffen, die Aufstellung einer UNO-Friedensstreitmacht und die Ausarbeitung eines zuverlässigen Verfahrens zur friedlichen Regelung von Streitigkeiten" empfohlen.

Man geht sogar noch weiter: Alle Nationen sollen ihre Streitkräfte auflösen und ausländische Stützpunkte abbauen. In Einzelforderungen wird dann festgelegt, dass die Waffenvorräte, einschliesslich Flugzeuge und Raketen, zerstört werden und sogar die Militäretats der nationalen Haushalte abgebaut werden sollen. Für das ganze Verfahren wird eine "Schritt für Schritt-Kontrolle" vorgesehen.

Natürlich hat überall in der Welt sofort das Rätselraten darüber begonnen, ob es sich bei dieser gemeinsamen Erklärung um den platonischen Versuch zur Erhaltung einer Diskussionsgrundlage über das Abrüstungsproblem in der UNO handelt, oder tatsächlich um den Vorstoss in eine Richtung, den Nikita Chruschtschow bereits im vergangenen Jahre mit seinem allgemeinen Abrüstungsvorschlag in der Vollversammlung der UNO unternommen hatte.

Ämtliche amerikanische Stellen haben vor einer Unterschätzung der gemeinsamen Erklärung gewarnt, jedoch hinzugefügt, dass auch andere UNO-Mitglieder an den weiteren Verhandlungen über die Realisierung des Vorschlages beteiligt werden müssen. Zu diesem Zweck schlagen die USA die Hinzuziehung von Argentinien, Brasilien, Pakistan, Indien, Mexiko, Ägypten, Schweden, Nigeria und Tunesien vor. Von sowjetischer Seite ist in Erwägung gezogen worden, Polen und die Tschechoslowakei bei kommenden Abrüstungsverhandlungen einzuschalten, bzw. die Volksrepublik China, falls sie in die UNO aufgenommen werden sollte.

Man sieht, es ist trotz der spannungsgeladenen Atmosphäre in der Weltpolitik ein grosses diplomatisches Spiel im Gange, dessen Bedeutung auch für die Vorgänge in Europa sichtbar wird, wenn man feststellt, wie stark zur Zeit auch die westlichen Bündnispartner der Bundesrepublik bemüht sind, eine Kompromissformel für die Lösung des Deutschlandproblems zu finden.

UNO-Reorganisationspläne in der Sicht der "Blockfreien"

Von unserem Korrespondenten in Belgrad, Harry Schleicher

Neben der Bestürzung, die der mysteriöse Tod des UNO-Generalsekretärs Dag Hammarskjöld in Belgrad ausgelöst hat, ist auch nicht selten die Meinung zu hören, dass dieses Ereignis die ohnehin aktuelle Frage nach der Reorganisation der UNO nur noch stärker in den Vordergrund schieben werde. Verweist man dabei auch manchmal auf die Moskauer Stimmen, die sich nicht einmal eine Minute trauernder Anstandsfrist auferlegten, nun sei die Zeit für die Reorganisation des UNO-Generalsekretariats auf der Chruschtschowschen Troika-Basis gekommen, war ja noch zuletzt während der Belgrader Konferenz der Blockfreien auch dieses Thema im Rahmen eines breiter gedachten Reorganisationsplanes nicht nur in den Reden behandelt worden, sondern hat Eingang bis in die Schlussresolution gefunden.

Nach Reden und Resolution zu schliessen, konzentrierte sich jedoch das Reorganisationsverlangen der Blocklosen erst in zweiter Linie auf das Generalsekretariat. Die bedeutendere und alle in Belgrad anwesenden 25 Konferenzstaaten verbindende Forderung ist dagegen in erster Linie die Erweiterung des Sicherheitsrates sowie UNO-Wirtschafts- und Sozialrates unter Berücksichtigung geographischer Verteilungskriterien gewesen. Dadurch soll insbesondere den seit 1945 neu entstandenen afro-asiatischen Staaten, die bei der ursprünglichen Sitzverteilung in diesen Gremien gar nicht berücksichtigt werden konnten, nachträglich ein grösserer Einfluss gesichert werden.

Neben diesem Verlangen findet sich in der Belgrader Konferenzdeklaration jedoch auch die "absolute Notwendigkeit nach einer adäquateren Struktur des UNO-Sekretariats", wobei zwecks Sicherung einer besseren Wirksamkeit seiner Arbeit auch hier einer neuen Einflussverteilung unter Berücksichtigung geographischer Gesichtspunkte das Wort geredet wurde. Aber wie gerade die Konferenz selbst gezeigt hat, scheint man sich unter den Teilstaaten nicht vollständig einig gewesen zu sein, wie dies konkret erreicht werden könnte. Widersprachen einige Redner entschieden dem Troika-Prinzip, äusserten andere die Überzeugung, man sollte eventuell dem Generalsekretär drei stellvertretende Sekretäre begeben, die West-Ost-Neutrale repräsentieren würden (Ghana, Guinea). Wieder andere, wie Jugoslawiens Staatspräsident Tito, setzten sich für ein noch grösseres beratendes Gremium ein (5 oder mehr), das den Generalsekretär zur Seite stehen sollte. Ob die stellvertretenden Sekretäre bzw. Berater ein Vetorecht besitzen sollten, liessen die Vertreter solcher Ideen vorläufig noch im unklaren, wenngleich zumindest in Belgrad die Meinung überwiegt, dass ein Vetorecht nicht gewährt werden dürfe, sollte das Generalsekretariat nicht aktionsunfähig werden.

Bei der Vielfalt der geäusserten Ansichten bleibt abzuwarten, wie die Blocklosen demnächst bei der Diskussion dieser Frage in der UNO auftreten werden. Dabei ist aus Belgrader Einsicht nicht von der Hand zu weisen, dass das mysteriöse Flugzeugunglück über den undurchsichtigen Dschungeln Katangas, wo für viele Neutrale die UNO-Misere mit der Ermordung des einstigen kongolesischen Ministerpräsidenten Lumumba begann, manche der noch gemässigten Belgrader Konferenzteilnehmer nun auch zur Unterstützung radikalerer UNO-Reorganisationsthese geneigter machen könnte.

"Dynamischer Auftrieb der Sozialdemokratie"

Von unserem Korrespondenten in Rom, Franca Magnani

In Italien ist den Wahlen der Bundesrepublik grösstes Interesse gewidmet worden. Nicht nur politische Kreise, sondern auch ein grosser Teil der Öffentlichkeit haben geradezu mit Spannung den Wahlergebnissen entgegengesehen. Seit vielen Jahren ist es das erste Mal, das der politische Beobachter den Eindruck gewinnt, die Mehrheit der Italiener habe das Gefühl, deutsche Wahlen gingen irgendwie "vorne an". Seit einigen Monaten - und erst recht nach der Berlin-Krise - ist das grosse internationale "Problem Deutschland" - wie die Italiener sagen - "Sentito", d.h. das Problem wird "geföhlt".

Die persönliche Niederlage des Bundeskanzlers Adenauer wurde zum Teil erwartet, dennoch hat sie die Öffentlichkeit beeindruckt. Jedermann ist sich bewusst, dass damit auch in Wirklichkeit die "Aera Adenauer" zu Ende geht.

Sogar in Kommentaren konservativer Kreise wird dieses Ereignis positiv ausgelegt. Das angesehenste grosse Informationsblatt der lombardischen Metropole "Il Corriere della sera" schreibt in einem interessanten Artikel, dass, falls die CDU/CSU zum zweiten Mal die absolute Mehrheit erlangt hätte, fatalerweise ihre machtpolitische Tendenzen zunehmen und die Neigung der CDU-Regierung, - sich zu einem totalitären Regime zu entwickeln - sich verschärft hätte. Die deutschen Wähler hätten mit "Weisheit" gewählt, meint weiter das Mailänder Blatt, und die Argumente der Gegner Adenauers seien nicht aus der Luft gegriffen worden. Weiter führt der "Corriere della sera" aus, hätten sich mit der Zeit einige Charakterzüge des Bundeskanzlers Adenauer verschärft, d.h. seine Hartnäckigkeit, sein autoritäres Wesen und sein Egozentrismus seien mehr zum Vorschein gekommen; daher rühre übrigens auch Adenauers Neigung her, das Parlament nicht allzu sehr zu berücksichtigen, oder wenigstens nicht in jenem Maße, wie ein Parlament stets berücksichtigt werden sollte. Wie gesagt, das sind Gedanken, die in einem der konservativsten Blätter des Landes - dem niemand irgendwelche Sympathien für die Linke nachsagen kann - ausgesprochen werden.

Grosse Veränderungen - besonders in der deutschen Aussenpolitik - werden von niemanden erwartet. Das Organ der italienischen Christlichdemokraten "il Popolo" betont in seinem Kommentar, dass die CDU nochmals als die stärkste Partei der Bundesrepublik aus den Wahlen hervorgegangen sei. Aber das auf den ersten Blick Auffallende sei doch, dass eine alte und jahrelang dauernde politische Konstellation zu Ende gegangen ist. Die politischen Beobachter des Landes weisen darauf hin, dass in West-Deutschland heute neue Kräfte hervorgegangen seien, und es bleibe nun abzuwarten, was diese Kräfte ergeben und welchen Beitrag sie zur internationalen Politik zu leisten imstande seien.

Die italienischen Sozialdemokraten schöpfen aus dem Sieg ihrer deutschen Freunde neue Kraft für den eigenen Kampf, obschon in Italien völlig andere Voraussetzungen gegeben sind. Sie sehen nun in Deutschland die Möglichkeit einer effektiven Alternative zur Regierung, die von zwei grossen eine solide demokratische Basis verkörpernde Massenparteien dargestellt werden. "Der Fortschritt der Sozialdemokratie in Deutschland ist dazu noch die Garantie und die Bestätigung der demokratischen Prinzipien West-Deutschlands, aber es ist auch das untrügliche Zeichen dafür, dass das deutsche Volk damit eine soziale Wahl getroffen hat. Die deutschen Wähler haben mit der Stärkung der SPD diese Betonung klarstellen wollen". In diesem neuen Zug - im dynamischen Auftrieb der deutschen Sozialdemokratie - heisst es in sozialdemokratischen Kreisen, liege das bedeutendste und neue Element, das nach diesen Wahlen sichtbar geworden sei.

+ + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel